

Inland

Opposition fordert besseren Klimaschutz

Bundesregierung soll Öko-Dienstwagen anschaffen

Oppositionspolitiker haben von der Bundesregierung einen schnellen Umstieg auf klimaschonende Dienstwagen gefordert. "Wer anderen auferlegt, dass er sich ökologisch verhält, muss mit gutem Beispiel vorangehen", sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Horst Friedrich, in einem Interview der "Passauer Neuen Presse". Deshalb solle der Fuhrpark von Ministerien und Behörden so schnell wie möglich die künftige EU-Abgasnorm von durchschnittlich 130 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer einhalten. "Der Bund muss seinen Fahrzeugbestand umstellen", forderte Friedrich.



Laut der künftigen EU-Abgasnorm sollen Autos künftig nur noch durchschnittlich 130 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

Hinter die Forderung stellte sich die Bundestagsfraktion der Grünen. "Wenn sich Minister nicht nur mit Spritschleudern durch die Landschaft fahren ließen, hätte das eine Vorbildwirkung," sagte Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske in demselben Blatt. Der Bund solle daher nur noch Autos kaufen, die niedrige CO₂-Werte hätten - im Flottendurchschnitt höchstens 120 Gramm pro Kilometer. Ab 2020 solle der Emissionsdurchschnitt der Flotten von Bundesinstitutionen sogar einen Höchstwert von 80 Gramm CO₂ pro Kilometer einhalten, forderte Loske.

Reform der Dienstwagenbesteuerung?

SPD-Umweltpolitiker hatten sich zuvor dafür ausgesprochen, die steuerlichen Privilegien für Sprit fressende Dienstwagen zu kappen. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber hatte den Vorstoß seiner Partei mit den jüngsten EU-Vorgaben begründet. Kelber regte in der "Berliner Zeitung" an, die steuerlich anerkannten Betriebskosten nur noch in dem Umfang zu berücksichtigen, wie dies in etwa den neuen Zielwerten der EU für den Ausstoß von Kohlendioxid von Autos entspricht. Dies würde bedeuten, dass nur noch Dienstfahrzeuge in den vollen Steuergenuss kämen, die einen Durchschnittsverbrauch von 5,5 Litern Super pro 100 Kilometer haben.

**Video**

Die Dienstwagen der EU-Kommissare und der Umweltschutz
tagesthemen 23:10 Uhr
[Michael Strempe, ARD Brüssel]

Ablehnung in der Union, Zurückhaltung bei SPD

Man brauche keine neuen Steuererhöhungen, sagte Unions-Fraktionsvize Katherina Reiche (CDU) in der "Berliner Zeitung" zu dem SPD-Vorschlag. Man sollte im Zuge der Klimadebatte nicht altbekannte Vorschläge aus der ideologischen Mottenkiste herausholen, betonte die CDU-Politikerin. Statt auf Einzelmaßnahmen zu setzen, benötige die Koalition eine klimapolitische Gesamtstrategie. "Das bringt mehr als jeden Tag eine neue populistische Forderung", sagte Reiche.

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag reagierte empört und bezeichnete den SPD-Vorschlag als "faktische Steuererhöhung". Bislang können Firmen die Kosten für Anschaffung und Betrieb der Dienstwagen komplett von der Steuer absetzen. Dabei soll es nach dem Willen der CSU-Landesgruppe auch bleiben. Deren finanzpolitischer Sprecher Georg Fahrenschon betonte, durch den hohen Anteil an Mineralöl- und Umsatzsteuer auf Kraftstoffe seien die deutschen Autofahrer schon genug belastet. "Eine weitere Erhöhung auf diesem Gebiet wird es deshalb nicht geben", sagte Fahrenschon.



Katherina Reiche

▶ **Mehr Spiel für Autobauer beim Klimaschutz (07.02.07)**

▶ **Was tun gegen den Klimawandel?**

Kampfansage an Spritfresser [Kristina Böker, ARD Berlin]

Weltatlas: Deutschland [Flash|HTML]

Nachrichten-Weltatlas**Deutschland**

Landkarte, weitere Nachrichten aus der Region und viele Hintergrundinformationen.
[Flash|HTML]

Video

Aufhebung von Vergünstigungen für Spritfresser geplant
-tagesschau 17:00 Uhr
[Frank Jahn, ARD Berlin]

Kampfansage an Spritfresser
-nachtmagazin 00:55 Uhr [Kristina Böker, ARD Berlin]

Aus dem Archiv

▶ EU lässt Autobauern beim Klimaschutz mehr Spiel (07.02.2007)

Mehr zum Thema

▶ Was tun gegen den Klimawandel?

Mehr Inland

▶ Pläne für Krippenplätze: Union streitet um Familienbild

▶ Fünf Jahre Haft für Holocaust-Leugner Zündel [swr]

▶ Mord in Sittensen: Dritter Verdächtiger gefasst? [ndr]

▶ Heimliche Vaterschaftstests: Union lehnt Strafen ab

▶ Karnevalsauftakt: Frauen stürmen die Rathäuser [wdr]

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.
